

rin relativierte und verherrlichte gegenüber zwei Journalistinnen den Holocaust bzw. die Shoa: „Es waren keine sechs Millionen Juden. Es waren ja höchstens 175.000 vergaste Juden. Der Holocaust hat anders stattgefunden. Aber ich muss auch sagen, ich find's geil, dass es stattgefunden hat“. Ferner wünschte sich die Teilnehmerin ein „Srebrenica 2.0“ für Deutschland. (In der bosnischen Stadt waren 1995 bei einem Völkermord gezielt mehr als 8.000 Muslime getötet worden.)

Die IBD teilte am 28. August eine von der IBÖ veröffentlichte Stellungnahme auf ihrem Telegram-Kanal, worin sie sich von der Demonstrationsteilnehmerin distanzierte. Diese sei nie Mitglied oder Aktivistin der IB gewesen. Ferner erklärte die IBÖ, dass die Berichterstattung „gestellt“ wirke und es sich bei der Frau womöglich um einen „Agent Provokateur“ handle, um die IB zu kompromittieren.

„Remigrationstour“ in Hessen

Im Rahmen seiner bundesweiten „Remigrationstour“ machte Martin Sellner am 29. Juli in Hessen Halt. Aktivisten der Revolte Rheinland, einer der IBD zuzurechnenden Regionalgruppe aus Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, befestigten am Veranstaltungstag in Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf) ein Banner mit der Aufschrift „Remigration“. Entgegen der Ankündigung fand die Veranstaltung nicht in Marburg statt, wo sich insgesamt etwa 3.500 Gegendemonstranten versammelt hatten, sondern in Gladenbach (Landkreis Marburg-Biedenkopf). An dem Treffen nahmen 55 Personen teil, darunter Rechtsextremisten aus Hessen und aus anderen Bundesländern: eine IBD-Aktivistin, mehrere Mitglieder der JA Hessen, Angehörige der Neonaziszene in Hessen sowie der Szene der Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates. Die Veranstaltung wurde per Livestream auf dem YouTube-Kanal Weichreite TV, der von einem Rechtsextremisten aus Sachsen betrieben wird, übertragen.



Sellner kritisierte vor allem die Migrationspolitik der damaligen Bundesregierung, die moralisch durch einen anerzogenen „Schuldskult“ bzw. eine „Erb-schuld“ gerechtfertigt werde. Die Deutschen seien konditioniert und „manipuliert wie Laborratten“. Durch den „Schuldskult“ werde bereits Jugendlichen ein „Selbsthass“ anerzogen, wodurch die deutsche Migrationspolitik erst ermöglicht werde. Mehrfach bediente sich Sellner des rechtsextremistischen Verschwörungsnarrativs des „Bevölkerungsaustauschs“ bzw. der „Ersetzungsmigration“. Stattdessen müsse es eine Politik der „Remigration“ geben, was unter anderem die Abschiebung aller illegalen Einwanderer und die Entwicklung von Konzepten zur Rückführung von nichtassimilierten deutschen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund bedeute.

Infobox



Mit den Begriffen **„Der große Austausch“**, **„Ersetzungsmigration“** und **„Bevölkerungsaustausch“** bezeichnet die IBD den angeblichen Prozess, durch den die „angestammte Bevölkerung“ durch „außereuropäische Einwanderer ersetzt“ werde. Nach Ansicht der IBD wird diese schrittweise Verdrängung durch eine von Politikern und „Mainstreammedien“ getragene Ideologie befördert, die geprägt sei von „Selbsthass und dem historischen Schuld-kult der europäischen Völker“, die sich „autoaggressiv gegen die eigene ethnokulturelle Identität“ richteten.

In seinem Vortrag bewertete Sellner Humor und Memes als strategische Faktoren im Kampf gegen die aus seiner Sicht zunehmende „Repression“ gegen das eigene Lager. Man müsse den politischen Gegner und seine „Repressionsmaßnahmen“ lächerlich machen und mit „Humor, Kreativität und besseren Argumenten“ bekämpfen. Wenn man Humor als Waffe verwende, könne der „Chor der Lügenpresse“ – vom eigenen Lager dirigiert – zu einem „Orchester“ werden, das „unsere Botschaft und unsere Ideen“ verbreite. Erfolge dieser Strategie meinte Sellner bereits erkannt zu haben: So wolle der politische Gegner die Forderung nach „Remigration“ ausmerzen, sein Buch „Remigration – Ein Vorschlag“ und die (rechtsextremistische) Version des Lieds „L’amour toujours“ verbieten. Stattdessen kenne nun jeder Deutsche den Begriff „Remigration“, sein Buch sei zum Bestseller und das Lied zu einem Sommerhit geworden.

„Identitäres Bundeslager“

Im Juli warb die IBD für ihr jährlich stattfindendes Bundeslager mit dem Slogan „Kameradschaft ohne Transen“ auf ihrem Telegram-Kanal. Sie betonte, dass es bei ihr keine „Diversitykurse, lächerliche Verhaltensregeln oder Transen im Führungstab“ gäbe, stattdessen sei sie eine „stabile Jugend ohne Migrationshintergrund, die sich tatsächlich für die Heimat“ einsetze.

Das „identitäre Bundeslager“ fand schließlich im August statt, wie die IBD auf ihrem Telegram-Kanal berichtete. Das Leitthema lautete „Reconquista“ und behandelte die Rückeroberung Spaniens im Jahr 1492 von arabisch-muslimischer Herrschaft:

„Über sieben Jahrhunderte kämpften ganze Generationen junger Männer, vereint in ihrer Herkunft und ihrer Überzeugung gegen eine zu Beginn überwältigende Übermacht immer in dem Glauben an ihrem Sieg und den Sinn ihrer Sache. Genau aus diesem Grund ist die Reconquista ein Mythos der Identitären Bewegung seit ihrer Gründung.“

Das historische Ereignis der Reconquista mahne laut IBD „zur Tat, zur Rückeroberung unserer Städte, unseres Landes, unseres Kontinents“.



SONSTIGE PARTEIUNABHÄNGIGE STRUKTUREN

THULE-SEMINAR E. V.

 Kurzprofil	<p>Das in Kassel ansässige Thule-Seminar e. V. versteht sich als „Forschungs- und Lehrgemeinschaft für die indoeuropäische Kultur“. Der Vereinsname orientiert sich an der 1918 gegründeten Thule-Gesellschaft, die bei der Entstehung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) eine Rolle spielte. Das Thule-Seminar e. V. führt Schulungen und Seminare durch und veröffentlicht Texte. Dabei propagiert es unter anderem das Konzept des Ethnopluralismus. In der rechtsextremistischen Szene ist das Thule-Seminar e. V. jedoch wegen seiner offenen Bezugnahme auf völkische Ideen und den Nationalsozialismus weitgehend isoliert. Sein Einfluss in der rechtsextremistischen Szene ist in jüngerer Vergangenheit zunehmend geringer geworden.</p>
 Entstehung	<p>1980 in Kassel.</p>
 Leiter	<p>Dr. Pierre Krebs.</p>
 Verfassungsfeindlichkeit	<p>Das Thule-Seminar e. V. verbreitet unter anderem ethnopluralistische und rassistisch-völkische Narrative und will die freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigen. So hieß es im Berichtsjahr auf der Homepage des Thule-Seminars e. V.: „Die Wurzeln einer epidemischen Krankheit müssen zerstört werden, die den gesamten Planeten bedroht und die westliche Zivilisation heißt“. Das Thule-Seminar e. V. wird daher nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 HVSG durch das LfV beobachtet.</p>

Themen

- „Bedrohung der genetischen Substanz“
- Gerichtsverfahren und Urteile

„Bedrohung der genetischen Substanz“

Über die Homepage des Thule-Seminars e. V. wurden hauptsächlich Bücher aus dem Eigenverlag Ahnenrad der Moderne sowie Publikationen rechtsextremistischer Autoren zum Kauf angeboten. Darüber hinaus wurden auf der Homepage Artikel zu unterschiedlichen Themen veröffentlicht, die insbesondere nordisch-mythologische und antimoderne, aber auch völkische und rassistische Inhalte hatten. Exemplarisch ist der Beitrag „Sieg dem Licht!“ vom 25. Juni, der Verschwörungsnarrative sowie antidemokratisches, völkisch-rassistisches und biologisch-sozialdarwinistisches Gedankengut vermitteln will. Laut dem Thule-Seminar e. V. werde es

„immer offensichtlicher, dass gewaltige Gefahren Europa hinsichtlich seiner genetischen Substanz wie auch seiner kulturellen Zukunft bedrohen“. So würde sich die Welt dem „Gipfelpunkt der Katastrophen“ nähern. Europa werde sich unausweichlich ändern; das „neue System“ werde dann „nicht mehr auf der Idee des Universalismus und der erzwungenen Homogenisierung der kulturellen Vielfalt“ beruhen. Zivilisatorische und kulturelle Besonderheiten seien aufgrund ethnopluralistischer Aspekte zu respektieren und zu bewahren. Der Beitrag schließt mit dem Hinweis auf den „mehrjährigen“ Kampf des Thule-Seminars e. V. gegen

„Gleichmacherei und Entwurzelung, für Originalität und Identität, gegen Amerikanismus und Kollektivismus, für Kultur und organischen Humanismus, gegen die multirassische Gesellschaft [und] für eine heterogene Welt homogener Völker“.



Infobox



Bereits Anfang der 1980er Jahre hatte Krebs den gegenwärtig vor allem von der IB genutzten Begriff des Ethnopluralismus verwendet. Im Hinblick auf den „Extremfall, dass Westeuropa durch den mörderischen Globalismus und die rassische Durchmischung zur Auflösung gebracht“ werde, strebt Krebs das rein biologistisch-rassistische und an der nationalsozialistischen Ideologie orientierte Ziel an, ein **„genetisches Reservoir“** zu schaffen“. Dabei orientiert sich das Thule-Seminar e. V. an der Nouvelle Droite (Neue Rechte), einem Theorie-zirkel französischer Rechtsextremisten, der ebenso wie die Mitglieder des Thule-Seminars e. V., ein „indogermanisches Heidentum“ propagiert. Der Einfluss und die Anschlussfähigkeit des Thule-Seminars e. V. insbesondere an die Neue Rechte in Deutschland blieb jedoch gering.

Gerichtsverfahren und Urteile

Das Amtsgericht (AG) Kassel stellte am 15. Mai ein Verfahren gegen Krebs unter Auflage einer Geldstrafe von 1.500,- Euro vorläufig ein, nachdem ihm vorgeworfen worden war, einen Polizisten im Rahmen einer Hausdurchsuchung im November 2022 beleidigt und tätlich angegriffen zu haben. Der Bericht des Beamten wurde auf der Internetseite des Thule-Seminars e. V. in dem Beitrag „Rebell aus Ehrenpflicht“ vom 17. Juli 2024 als eine Reihe von „Falschbehauptungen, Verdrehungen und Erfindungen“ bezeichnet. Außerdem hieß es, dass die „Polizisten von heute [...] nur noch Vollstrecker-Werkzeuge der BRD-Gesinnungsjustiz“ seien.

Nachdem Krebs und eine weitere Mitangeklagte im Jahr 2022 vom AG Fritzlar wegen gemeinschaftlicher Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 7.200,- Euro verurteilt worden waren, fand am 29. Mai 2024 vor dem Landgericht (LG) Kassel die Berufungsverhandlung statt. Das Gericht änderte das Urteil auf fünf Monate Freiheitsstrafe auf Bewährung und 3.000,- Euro Geldstrafe ab. Hintergrund war ein Beitrag in einem von Krebs 2016 veröffentlichten Taschenkalender, in dem zu einem „Rachefeldzug“ gegen die angeblich durch Masseneinwanderung und „Multikulturalismus“ angestrebte „Ausrottung der Deutschen“ aufgerufen worden war. Ferner waren Geflüchtete als „tödliche Bedrohung des in akute Gefahr geratenen Erbgutes unseres Volkes“ und Mitglieder der Bundesregierung als „Rasseverächter und Rassevernichter“ bezeichnet worden. Außerdem hatte der Kalender den Nationalsozialismus verherrlichende sowie die deutsche Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs leugnende Passagen enthalten. Krebs kritisierte das Urteil am 31. Mai auf der Internetseite des Thule-Seminars e. V. wie folgt:

„Wir wissen alle, daß die Herrschaften, die uns verfolgen und über uns zu richten sich anmaßen, weisungsgebunden sind und nicht anders handeln und urteilen dürfen. Es geht in dieser Republik schon längst nicht mehr um Recht und Wahrheit. Es herrscht die Inquisition“.





Im Zuge beider Urteile bat Krebs auf der Internetseite des Thule-Seminars e.V. mehrfach um Solidaritätsspenden.

Gemäß einem am 15. Juni ebenfalls auf dieser Internetseite veröffentlichten Beitrag traf sich Krebs in Split (Kroatien) mit einer Gruppe „Gleichgesinnter“, um sich über das Thema „Amerika und Amerikanismus“ auszutauschen. Die international besetzte Teilnehmerrunde, darunter Rechtsextremisten, kritisierte den Umgang „westlicher“ Staaten mit extremistischen Ansichten und bemängelte, dass sich „Mainstream-Gegner der Einwanderung“ nicht trauen würden, ihre „Argumente in [...] rassistischen Begriffen zu äußern“. „Gedankenverbrechen“ würden verfolgt und „linke Ideologie“ seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in deutschen Institutionen gewaltsam durchgesetzt.

Schließlich hieß es in dem Beitrag, dass eine „Bewegung zur Verteidigung der [weißen] Ethnie“ wichtig sei, da dann eine „Gegenrevolution“ zur „multirassische[n], multiethnische[n] und kommunistische[n] Revolution“ leichter umsetzbar wäre. Außerdem nahm Krebs am 22. Juni an einer Vortragsveranstaltung und Sonnwendfeier des rechtsextremistischen Vereins Gedächtnisstätte e.V. in Guthmannshausen (Thüringen) als Redner teil. In seinem Vortrag („Niederlagen werden zu Siegen, wenn man sie als Herausforderung annimmt“) referierte Krebs über rassistische und völkische Theorien und machte sie sich zu eigen.



RECHT UND WAHRHEIT

	Kurzprofil	Die von dem Rechtsextremisten Meinolf Schönborn herausgegebene Zeitschrift Recht und Wahrheit ist dem intellektuellen Rechtsextremismus zuzuordnen und widmet sich laut eigener Aussage der „geistigen Pflege des deutschen Freiheitsgedankens“. Dabei will sie für das Recht des „deutschen Volkes auf freie Selbstbestimmung“ eintreten. Die in der Zeitschrift publizierten Artikel behandeln hauptsächlich gesellschaftliche, politische und historische Themen, wobei rechtextremistische, antisemitische und gebietsrevisionistische Thesen propagiert werden. So behauptet Schönborn, dass ein Genozid an Menschen weißer Hautfarbe – vor allem an den Deutschen – stattfinde und die Bundesrepublik Deutschland ein nicht souveräner Vasallenstaat der USA sei. Schönborn verbindet dies mit dem Appell, sich untereinander zu organisieren, um die „Heimat zurückerobern“ zu können.
	Entstehung	1984 in Nordrhein-Westfalen, seit 2009 fungiert Schönborn als Herausgeber.
	Sitz	„Kulturzentrum Ludenbeck“ in Wesertal (Landkreis Kassel).
	Verfassungsfeindlichkeit	Die Zeitschrift Recht und Wahrheit verbreitet eine rechtsextremistische Ideologie. Über ihre Kanäle in den sozialen Netzwerken äußern sich Schönborn und Recht und Wahrheit regelmäßig in diffamierender Weise über Menschen mit Migrationshintergrund, demokratische Parteien und die Demokratie als solche. Recht und Wahrheit wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 HVSG beobachtet.

Themen

- Versandhandel, Internet und soziale Medien
- „Kulturzentrum Ludenbeck“
- Veranstaltungen

Versandhandel, Internet und soziale Medien

Neben Recht und Wahrheit betrieb Schönborn den Z-Versand, dessen Angebot weitere Publikationen, Aufkleber und Kalender umfasste. Zudem verkaufte er eine Kaffeesorte mit der Bezeichnung „braune Bohne“. Schönborn betrieb eine Homepage und war auf X, der Plattform VK und mit mehreren Kanälen auf dem Messengerdienst Telegram vertreten. Diese Medien nutzte er im Berichtsjahr, um unter anderem gegen Menschen anderer Hautfarbe, die Bundesregierung, Angehörige der LGBTQ-Community und die Demokratie zu agitieren. Über X, Facebook und Telegram erreichte Schönborn fast 12.000 Abonnenten bzw. Follower (Stand November 2024). Häufig fungierte er nur als Multiplikator solcher Postings, indem er die Beiträge verlinkte und teilte, um deren und seine eigene Reichweite zu erhöhen.

Infobox

Zum Selbstverständnis und den Zielen von Recht und Wahrheit hieß es auf der entsprechenden Internetseite:

„Wir sind Aktivisten für Deutschland. Wir sind viele. Wir vergessen nicht. Wir vergeben nicht. Wir kämpfen für die Wahrheit, für das Recht und die Freiheit unseres Volkes. Auch Du kannst sehr viel für Dich und unser deutsches Volk tun: Schließ dich uns an, gründe RuW-Verteilerkreise und verteile regelmäßig unsere Zeitung. Wir werden Dich gerne dabei unterstützen. So baust Du Dir dein eigenes Netzwerk auf!“

„Kulturzentrum Ludenbeck“

In Wesertal (Landkreis Kassel) bewohnte Schönborn ein ehemaliges Hotel, dessen Ausbau zu einer überregionalen und szenübergreifenden Veranstaltungsortlichkeit er auch im Berichtsjahr vorantrieb. Laut Schönborn standen ein Versammlungsraum und



Übernachtungsmöglichkeiten für die Teilnehmer der Veranstaltungen zur Verfügung. Dadurch war es auch Rechtsextremisten außerhalb Hessens möglich, zu den Treffen zu kommen, sodass sich das „Kulturzentrum Ludenbeck“ als überregionale Szeneörtlichkeit etabliert hat. Auf der Homepage von Recht und Wahrheit hieß es:

„Das Kulturzentrum Ludenbeck ist aber nicht nur eine Begegnungs- und Wohnstätte für Patrioten, sondern es soll auch eine ‚feste Burg‘ sein, für schlimme Zeiten, die ohne Zweifel auf uns Deutsche schon in naher Zukunft zukommen werden“.

Somit verdeutlicht das „Kulturzentrum Ludenbeck“ exemplarisch die hohe Bedeutung von Immobilien als Anlauf-, Rückzugs-, Veranstaltungs-, Schulungs- und Vernetzungsortlichkeiten für die rechtsextremistische Szene.

Veranstaltungen

Rechtsextremistische Parteien luden Schönborn immer wieder als Redner ein, so etwa zu einer von der HEIMAT ausgerichteten „Reichsgründungsfeier“ am 28. Januar in Baden-Württemberg. Im Herbst trat er als Redner bei den JN auf und sprach über seine damalige Zeit als Mitglied der Jugendorganisation. Auch Schönborn selbst führte Veranstaltungen durch:

- **6. April, „Kulturzentrum Ludenbeck“:**

Vortragsveranstaltung mit rund 30 Teilnehmern, darunter Personen aus dem parteigebundenen rechtsextremistischen Spektrum wie etwa Stefan Jagsch, dem Vorsitzenden des Landesverbands Hessen der HEIMAT, und Ludwig Palm, der für die Partei einen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung von Leun (Lahn-Dill-Kreis) innehat. Außerdem befanden sich Anhänger des lose strukturierten Rechtsextremismus unter den bundesweit angereisten Zuhörern.

- **Einladung zum 21. Recht- und Wahrheit-Lesertreffen vom 19. bis zum 21. April im „Kulturzentrum Ludenbeck“.**







In der Einladung hieß es:

„Wir müssen Wege finden, Patrioten, Nationalisten, usw. zu verknüpfen, um es uns allen zu ermöglichen, nach unserer Art frei zu leben und unsere Zukunft selber zu gestalten. [...] Es geht um praktische Handlungen, es geht um Taktik und Strategie und um die nächsten Schritte in unserem gemeinsamen Freiheitskampf - der zwischenzeitlich ein Kampf um das Überleben unseres Volkes geworden ist!“

(Schreibweise wie im Original.)

LOSE STRUKTURIERTER RECHTSEXTREMISMUS

NEONAZIS

	Kurzprofil	Neonazis sind Rechtsextremisten, die nach der Überwindung der Gewaltdiktatur des Nationalsozialismus (1933–1945) die entsprechende Ideologie in ihren Zielen oder im Rahmen ihrer Aktivitäten zu verwirklichen versuchen. Zahlreiche neonazistische Organisationen sind verboten, Neonazis finden sich aber immer wieder in neuen Gruppierungen, Bündnissen und auf Plattformen zusammen. Zu rechtsextremistischen Parteien, subkulturell orientierten Rechtsextremisten und Skinheads unterhalten Neonazis enge Kontakte.
	Entstehung	1949 Gründung der Sozialistischen Reichspartei (1952 verboten), seit den 1970er Jahren Neugründungen von Gruppierungen (vor allem Kameradschaften), von denen etliche ebenfalls verboten wurden.
	Gewalt	Neonazis sind grundsätzlich gewaltbereit.
	Regionale Schwerpunkte	Die Neonaziszene erstreckte sich nahezu gleichmäßig über ganz Hessen.
	Personenpotenzial	In Hessen 450, eine bundesweite Anzahl der Neonazis wies das BfV nicht aus.
	Verfassungsfeindlichkeit	Die neonazistische Szene ist durch ein offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus sowie durch ihre Gewaltbereitschaft gekennzeichnet. Ideologische Grundlage sind ein rassenbiologisch geprägtes, völkisches Menschenbild und die Vorstellung von einer antipluralistischen Gesellschaft sowie einem autoritären Staat. Sowohl „Fremde“ als auch politische Gegner gelten als Feinde, denen ein geringeres bzw. kein Existenzrecht zuerkannt wird. Die neonazistische Szene wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 HVSG beobachtet.

Themen

- Interne Treffen statt öffentlicher Veranstaltungen
- Bedeutung des digitalen Raums



Interne Treffen statt öffentlicher Veranstaltungen

In Hessen fanden im Berichtsjahr keine öffentlichen, für die neonazistische Szene typischen, propagandistischen Veranstaltungen wie zum Beispiel Protest- und Gedenkmärsche statt. Allerdings nahmen Neonazis aus Hessen wie im Vorjahr an Veranstaltungen in anderen Bundesländern und im europäischen Ausland teil. Eine zentrale Rolle kam hierbei erneut

dem programmatisch neonazistisch geprägten Parteienspektrum zu, das die Veranstaltungen meistens organisierte und im Rahmen der Mobilisierung als Bindeglied der überregionalen bzw. bundesweiten Neonaziszene agierte. Intern führten Neonazis dagegen kleinere, regionale und nichtöffentliche Veranstaltungen und Treffen durch, um sich weiter zu vernetzen. Diesem Zweck diente auch die Teilnahme von Neonazis aus Hessen an bundes- und europaweiten Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene.

Während in der Vergangenheit feste neonazistische Strukturen wie Kameradschaften das Erscheinungsbild der Szene in Hessen prägten, war diese Organisationsform rückläufig. Neonazis schlossen sich nun-

mehr in informellen Gruppierungen zusammen, agierten überwiegend ohne feste organisatorische oder hierarchische Strukturen oder handelten als Einzelpersonen.

Bedeutung des digitalen Raums

Das Internet und die sozialen Medien waren auch im Berichtsjahr ein wichtiger Agitations-, Aktions- und Vernetzungsraum für Neonazis und neonazistische Gruppierungen. Der digitale Raum fungierte aufgrund seiner Beschaffenheit und Reichweite als Plattform für die niedrighschwellige Kontaktaufnahme mit neuen Personen und diente der Vernetzung mit anderen Rechtsextremisten und rechtsextremistischen Organisationen. Vor allem Jugendliche – teils noch unterhalb der Strafmündigkeit – kamen durch die sozialen Medien mit der rechtsextremistischen Ideologie und damit auch neonazistischen Ideologie in Berührung.

Tauschten sich die klandestinen, teils zu Gewalt aufrufenden Gruppierungen in Hessen in der Vergangenheit zum überwiegenden Teil lediglich im digitalen Raum aus, so versuchten sie im Berichtsjahr vermehrt, in der analogen Welt – auch für eine breite Öffentlichkeit wahrnehmbar – in Erscheinung zu treten. So versuchte die neonazistische Gruppierung Jung & Stark – Hessen (JS Hessen), sich am politischen Demonstrationsgeschehen zu beteiligen. Darüber hinaus klebten dem neonazistischen Spektrum zuzurechnende Personen Sticker mit rechtsextremistischen Inhalten: Hakenkreuze, Doppel-Sigrunen und „schwarze Sonnen“, „White Lives Matter“, „Abschieben schafft Sicherheit“. Auch Spuckis mit antisemitischem Inhalt („NS Gebiet“ in Verbindung mit einem durchgestrichenen Davidstern) wurden verklebt.



Infobox










Neonazis wollen einen **ethnisch homogenen, diktatorischen Staat** schaffen. Die Rechte des Individuums, Meinungsfreiheit und -vielfalt – insgesamt Pluralismus – haben in einer solchen **„deutschen Volksgemeinschaft“** keinen Platz. Sie schließt Menschen anderer Kulturen und auch solche Deutsche aus, die Neonazis aufgrund von Behinderungen, sexueller Orientierung oder sozialer Marginalisierung als „unwert“ betrachten. Der einzelne Mensch soll sich dem angeblichen Gesamtwillen des Volks unterordnen. Historische Tatsachen deuten Neonazis in revisionistischer Manier um und leugnen dabei auch die Shoa.

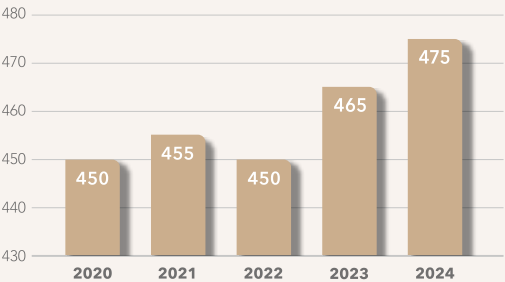
Unsere freiheitliche Demokratie bezeichnen Neonazis als „System“, das es abzuschaffen gelte. Bereits die Nationalsozialisten hatten die Weimarer Republik (1918 bis 1933) mit dieser Bezeichnung diffamiert. Der Aufruf zum **Kampf gegen das „System“** ist ein Grundpfeiler neonazistischer Propaganda. Zielgruppe sind vor allem junge Menschen, die früh an die neonazistische Szene herangeführt und an sie gebunden werden sollen.

Die neonazistische Szene ist in sich nicht homogen. Zum einen wird das „Dritte Reich“ als Vorbild betrachtet und eine **Wiederherstellung des Nationalsozialismus** angestrebt, zum anderen wird die nationalsozialistische „Weltanschauung“ neu interpretiert oder **„antikapitalistisch“** mit Bezügen zum Linksextremismus und entsprechenden Aktionsformen „modernisiert“. Die überwiegende Zahl der Neonazis befürwortet jedoch die Kernelemente des Nationalsozialismus: „Führerprinzip“, Antisemitismus und die Ideologie der „Volksgemeinschaft“.

SUBKULTURELL ORIENTIERTE RECHTSEXTREMISTEN -
RECHTSEXTREMISTISCHE MUSIK- UND KAMPFSPORTSZENE

	Kurzprofil	Subkulturell orientierte Rechtsextremisten sind gekennzeichnet durch eher diffuse rechtsextremistische Einstellungen, die sich an das Gedankengut von Neonazis anlehnen. Dies äußert sich in Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Eine vertiefte „weltanschauliche“ und politische Auseinandersetzung findet nicht statt. Weitgehende Struktur- und Organisationslosigkeit ist typisch für die Szene der subkulturell orientierten Rechtsextremisten. Für die oft in informellen lokalen oder regionalen Gruppen zusammengeschlossenen Rechtsextremisten stehen erlebnisorientierte Aktivitäten im Vordergrund. Dabei spielt der Besuch rechtsextremistischer Musikveranstaltungen eine herausgehobene Rolle.
	Entstehung	Beeinflusst von der subkulturellen rechtsextremistischen Skinheadbewegung in Großbritannien, entstand vor allem seit Anfang der 1990er Jahre eine derartige Szene auch in Deutschland. Anders als früher sind subkulturell orientierte Rechtsextremisten fast nicht mehr anhand eines einheitlichen Erscheinungsbildes erkennbar.
	Gewalt	Subkulturell geprägte Rechtsextremisten sind grundsätzlich gewaltaffin.
	Regionale Schwerpunkte	Nordhessen.
	Musikgruppen und Liedermacher in Hessen	Faust, Reichstrunkenbold (Liedermacher), Streitmacht, Sturmrebelln, Krematorium.
	Personenpotenzial	In Hessen 475, eine bundesweite Anzahl der subkulturell orientierten Rechtsextremisten wies das BfV nicht aus.
	Verfassungsfeindlichkeit	Die subkulturelle rechtsextremistische Szene ist durch ein rassistisches, antisemitisches und fremdenfeindliches Weltbild geprägt. Sie lehnt aufgrund ihrer Orientierung am Nationalsozialismus die freiheitliche demokratische Grundordnung ab und will diese beseitigen. Die subkulturelle rechtsextremistische Szene wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 HVSG beobachtet.

Entwicklung des Personenpotenzials der subkulturell orientierten Rechtsextremisten in Hessen (2020 bis 2024)



Themen

- Trend zu kleineren Musikveranstaltungen
- Vernetzung durch Kampfsport
- Active Clubs
- Keine rechtsextremistische Kampfsportveranstaltung in Hessen



Trend zu kleineren Musikveranstaltungen

In den letzten Jahren verlagerten sich rechtsextremistische Konzerte und Musikveranstaltungen aus dem öffentlichen Raum zunehmend hin zu kleineren Veranstaltungen im eher privaten oder geschlossenen Kreis. Erregten große, überregionale Konzerte – zum Beispiel das „Schild & Schwert“-Festival in Ostritz (Sachsen) vor der COVID-19-Pandemie – ein großes Interesse in der rechtsextremistischen Szene, so ist aufgrund des konsequenten behördlichen Einschreitens eine Trendwende erkennbar. Nunmehr finden kleinere und klandestin vorbereitete Musikveranstaltungen wie etwa Liederabende mit Teilnehmerzahlen zumeist im mittleren zweistelligen Bereich statt. Diese Treffen werden oft nur mit einer groben Zeit- und Ortsangabe und nur in einem begrenzten Personenkreis bekannt gegeben. Somit soll einem behördlichen Verbot zuvorgekommen werden, auch möchte die rechtsextremistische Szene Störungen durch Linksextremisten verhindern. Sofern rechtlich und tatsächlich möglich, unterbanden die hessischen Sicherheitsbehörden rechtsextremistische Musikveranstaltungen. In Hessen wurden fünf rechtsextremistische Musikveranstaltungen registriert. Am 28. September löste die Polizei ein rechtsextremistisches Konzert in Melsungen (Schwalm-Eder-Kreis) auf.

Vernetzung durch Kampfsport

Während in den 1990er Jahren vor allem Rockkonzerte und das gewalttätige Spektrum der Fußballfans die rechtsextremistische „Erlebniswelt“ dominierten, nimmt mittlerweile der Kampfsport eine zentrale Rolle im Bereich des gewalt- und erlebnisorientierten Rechtsextremismus ein. In den letzten Jahren kam es zu einer rasch zunehmenden Professionalisierung, Kommerzialisierung und organisatorischen Routine, woraus steigende Zuschauerzahlen resultierten. Darüber



hinaus bemühte sich die rechtsextremistische Szene, die inzwischen erreichte Bedeutung und Reichweite auszubauen und die Errichtung voneinander unabhängig agierender Strukturen voranzutreiben. Die Kampfsportveranstaltungen dienten – auch im internationalen Rahmen – der Rekrutierung, Vernetzung und Finanzierung der rechtsextremistischen Szene. Haupteinnahmequelle waren der Verkauf von Tickets und Merchandiseartikeln szenetypischer (Mode-)Labels.

Ein Charakteristikum der rechtsextremistischen Kampfsportszene ist der enge Schulterschluss mit Gruppen aus anderen europäischen Staaten, insbesondere aus dem osteuropäischen Raum. Das Gemeinsame ist hier weniger die Nation als die ethnische Zugehörigkeit zur „weißen Rasse“, die es nach rechtsextremistischer Auffassung zu verteidigen gilt. Die kollektive transnationale Identität der rechtsextremistischen Kampfsportszene besteht demnach aus zwei Komponenten: der „Rassezugehörigkeit“ („weiß“) und der Kulturzugehörigkeit („abendländisch“).

Active Clubs

Um sich zu vernetzen, bedienten sich rechtsextremistische Kampfsportgruppierungen vor allem des Konzepts der Active Clubs. Das von dem in Russland geborenen Rechtsextremisten Denis Kapustin (alias Denis Nikitin) und dem amerikanischen Staatsbürger Robert Rundo entworfene Konzept entspringt der weltweiten gewaltorientierten White-Supremacy-Bewegung. Es soll fitness- und kampfsportaffine Personen ansprechen, die das ideologische Ziel eint, einen angeblichen „Genozid“ an „weißen“ Menschen zu verhindern.



Infobox

Musik stellt eine besonders **niedrige Hürde für den Einstieg in den Rechtsextremismus** dar. Sie ist nahezu jederzeit und überall konsumierbar, dient sowohl der Selbstdarstellung als auch der szeneeinternen Kommunikation und ist Ausdruck eines subkulturellen Zusammengehörigkeitsgefühls. Dabei wirkt der Konsum von rechtsextremistischer Musik oft als Katalysator von Gefühlen und Aggressionen. Besonders in Verbindung mit Alkohol kann dies zu Gewaltausbrüchen führen.

Musik vermag als emotionaler „Türöffner“ ideologische Vorstellungen einem breiten Personenkreis – überwiegend Jugendlichen und jungen Erwachsenen – zugänglich zu machen. Dabei ist die rechtsextremistische Musikszene nicht auf eine bestimmte Stilrichtung begrenzt. So umfasst das Spektrum neben dem „traditionellen“ Rechtsrock und Rock Against Communism (RAC) zum Beispiel auch National Socialist Black Metal (NSBM), Balladenmusik von Liedermachern sowie Rap und Schlager. Auf diese Weise können unterschiedliche Musikvorlieben bedient und ein möglichst breites Publikum erreicht werden. Alle diese Richtungen eint dabei, dass nicht zwingend die rechtsextremistischen Inhalte im Vordergrund des Musikerlebnisses stehen, sondern die einprägsamen Melodien und einfachen Rhythmen.

In der eher strukturlosen Szene sind Musikveranstaltungen identitätsstiftende Ereignisse und dienen der Kommunikation und Vernetzung. Zudem üben die in der Regel konspirativ organisierten Veranstaltungen gerade auf junge Rechtsextremisten eine große Faszination aus.

Liederabende haben für subkulturell orientierte Rechtsextremisten, Neonazis und rechtsextremistische Parteien eine wachsende Bedeutung. Auftritte rechtsextremistischer Interpreten dienen als Treffpunkt und Plattform, wobei politische Botschaften über die Liedtexte mit Zwischenmoderationen verknüpft und zur Anwerbung potenzieller Interessenten genutzt werden.

Eines der bedeutsamsten Medien zur Verbreitung rechtsextremistischer Musik ist das Internet mit seinen nahezu unbegrenzten Möglichkeiten und Reichweiten. So finden sich unter anderem auf verschiedenen Musik- und Videoplattformen bzw. sozialen Medien – wie etwa YouTube und Telegram – Videos rechtsextremistischer Gruppen. Auch von den Bands mit Bezügen zu Hessen wie Faust, Sturmrebell und dem in Hessen wohnhaften Liedermacher Reichstrunkbold werden Musikvideos auf YouTube verbreitet und für neue Musikalben auf Telegram und einschlägigen rechtsextremistischen Internetseiten geworben.

Wegen des Leitartikels „Ausweg ‚Active Club‘: Neue Wege für den Nationalen Widerstand“ im rechtsextremistischen Magazin N. S. Heute fand das Konzept in Deutschland besondere Beachtung. In der Ausgabe vom Mai/Juni 2024 entwarf der Neonazi Patrick Schröder in einem 20-Punkte-Plan eine Blaupause für dessen Umsetzung: Relevant seien vor allem ein einheitliches Branding in Form von Namen und Logos und die Präsenz in den sozialen Medien. Es gelte, den Interessenten eine Kontaktmöglichkeit zu geben, die „Propaganda-Tätigkeit“ in den Fokus zu rücken und sich auch untereinander zu vernetzen. Gleichzeitig warnte Schröder vor einer „Hardcore-Politik“ bei der Rekrutierung neuer Mitglieder: Sympathie sowie der Sport- und

Gemeinschaftsaspekt seien wichtig, um eine niedrige Einstiegsschwelle zu garantieren.

Der Leitartikel war die maßgebliche Initialzündung für die Gründung etlicher Active Clubs bundesweit. Dabei verfolgten die Initiatoren eine zentralisierte und organisierte Strategie. Als überregionale Präsenz wurde der Active Club Germania gegründet, der eine Plattform für alle eigenständig agierenden Regionalabteiler bildete. In Hessen gab es in der Spitze bis zu drei Active Clubs im Taunus, in Kassel und Südhessen, die neben virtuellen Aktivitäten zum Teil auch analoge Vernetzungstreffen arrangierten.

Keine rechtsextremistische Kampfsportveranstaltung in Hessen

Sofern rechtlich und tatsächlich möglich, unterbinden die hessischen Sicherheitsbehörden rechtsextremistische Kampfsportveranstaltungen. In Hessen wurden im Berichtsjahr keine entsprechenden Veranstaltungen registriert.

In Combres-sous-les-Côtes (Frankreich) nahm am 15. Juni eine Person aus Hessen am „Day of Glory“ teil, der vom rechtsextremistischen Kampfsportlabel Pride France ausgerichtet wurde. Wie bei der „European Fight Night“ 2023 in Ungarn gab es in Frankreich deutliche ideologische und organisatorische Parallelen zu der in Deutschland seit 2019 verbotenen rechtsextremistischen Kampfsportveranstaltung „Kampf der Nibelungen“.

Das Thüringer Oberlandesgericht verurteilte am 1. Juli vier Rechtsextremisten – unter ihnen eine Person aus Hessen – zu mehrjährigen Haftstrafen, unter anderem wegen der Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung Knockout 51. Bei der von drei der Angeklagten gegründeten Vereinigung handelte es sich laut der mündlichen Urteilsbegründung um eine rechtsextremistische Kampfgruppe nationalsozialistischer Prägung. Zur Umsetzung ihres Ziels, in Eisenach (Thüringen) einen „Nazi Kiez“ zu schaffen und sich dort als bestimmende Ordnungsmacht zu etablieren, habe Knockout 51 zahlreiche Körperverletzungen begangen, bei denen teilweise neben dem Gruppenziel auch private Interessen von Gruppenmitgliedern eine Rolle gespielt hätten. Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

Am 5. Oktober richtete die neonazistische Partei Der Dritte Weg in der sogenannten Fassfabrik (Rheinland-Pfalz) eine Kampfsportveranstaltung aus. Unter den mehr als 100 Teilnehmern waren auch mehrere Personen aus Hessen. Die Polizei löste die Veranstaltung auf. Da die Mietverträge zum 15. Dezember gekündigt wurden, entfällt die „Fassfabrik“ für die rechtsextremistische Szene in der Grenzregion Rheinland-Pfalz/Hessen als wichtiger Treff- und Veranstaltungsort.

Infobox



Bei rechtsextremistischen Kampfsportveranstaltungen erfreuen sich vor allem **Boxen, Kickboxen und Mixed-Martial-Arts (MMA)** großer Beliebtheit; vereinzelt gibt es auch Zuspruch für das Grappling, eine Griffkampfsportart. Insbesondere MMA vereint Stand- und Bodenkampf sowie verschiedene Schlag-, Tritt- und Hebeltechniken zu einem schnellen und brutalen Konzept, das den „Anforderungen“ des waffenlosen Straßenkampfs am ehesten entspricht. Die rechtsextremistische Szene praktiziert – ungeachtet der zunehmenden Betonung des Fitnesscharakters von Kampfsportveranstaltungen – die klassische Rohversion mit Vollkontakt, was dem rechtsextremistischen kriegerischen Selbstbildnis und den allgemeinen „Anforderungen“ an die „Wehrkraft des Volkskörpers“ gerecht werden soll.

Rechtsextremisten erheben die „Volksgesundheit“ und „Wehrhaftigkeit“ zur Pflicht, um einen „neuen Menschenschlag“ zu schaffen, der stark an das im Nationalsozialismus propagierte „Ideal“ des „Herrenmenschen“ angelehnt ist. Eine wesentliche ideologische Komponente ist der „Straight-Edge“-Gedanke, der aus der Punkszene der 1980er Jahre stammt. Er sollte durch den Verzicht auf Alkohol und Drogen, gesunde Ernährung bis hin zum Veganismus und sexuelle Enthaltsamkeit eine Gegenbewegung zu dem Alkohol- und Drogenkonsum der Jugendkultur etablieren. Durch die rechtsextremistische Szene erlebt diese Strömung eine gewaltbetonte und rassistische Renaissance als „NS-Straight-Edge“.

Ein wiederkehrendes Motto der Szene ist in der Konsequenz der **„Kampf gegen die Moderne“**, die als Sinnbild von Dekadenz und Verweichlichung strikt abgelehnt wird. Den angeblichen Verfall der Gesellschaft setzt die rechtsextremistische Szene mit der von ihr als solche empfundenen Erosion der „Volksgesundheit“ gleich. So bietet ein „gesunder, sportlicher Aktivist Interessenten bereits ein Abbild der Bewegung“.

PARTEIGEBUNDENE STRUKTUREN BZW. PARTEIEN

JUNGE ALTERNATIVE (JA) HESSEN

	Kurzprofil	Die Junge Alternative für Deutschland (JA) war im Berichtszeitraum die offizielle Jugendorganisation der Partei Alternative für Deutschland (AfD). Die JA umfasste 16 Landesverbände, einer davon war die JA Hessen. Diese inszenierte sich als „patriotische“ Parteijugend, die sich gegen eine ihrer Ansicht nach verfehlte Migrationspolitik auflehnte. Aufgabe der JA Hessen sei es, den „weltanschauliche[n], politisch gefestigte[n] Nachwuchs“ für die Mutterpartei sicherzustellen. Tatsächlich handelte es sich bei der JA Hessen um eine rechtsextremistische Gruppierung, die im Sinne der Mosaikrechten eine Scharnierfunktion zwischen politischem Vorfeld und parlamentarischem Raum einnahm. Dabei versuchte sie, die rechtsextremistische Ideologie der Neuen Rechten im sozialen und kulturellen Raum sowie im politischen Diskurs zu verankern und zu verbreiten.
	Entstehung	2013 im Rahmen des ersten JA-Bundeskongresses in Darmstadt, im selben Jahr gab sich die JA Hessen im Oktober eine eigene Satzung.
	Bundesvorsitzender	Hannes Gnauk, im Berichtszeitraum Mitglied des Deutschen Bundestages (MdB).
	Landesvorsitzender	Manuel Wurm (bis 22. Juni 2024), Joachim Roos (seit 22. Juni 2024), im Berichtszeitraum Mitglied des Hessischen Landtags (MdL).
	Personenpotenzial	In Hessen 150, bundesweit 4.300.
	Verfassungsfeindlichkeit	Bei der JA Hessen handelt es sich um eine rechtsextremistische Gruppierung, die sich als Teil des Gruppierungsgeflechts der Neuen Rechten sieht. Durch das wechselseitige Zusammenwirken verschiedener Gruppierungen versucht die Neue Rechte den öffentlichen Diskurs im Sinne ihrer rechtsextremistischen Ideologie zu beeinflussen, um letztlich die kulturelle Hegemonie zu erlangen. Die JA wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 HVSG beobachtet.

Themen

- Forderung nach „Remigration“
- Wahlkampfunterstützung für die AfD
- Eigene Veranstaltungen der JA Hessen
- Distanzierung von der IB
- Geplante Neustrukturierung der JA



einem Aufruf des MdB Matthias Helferich (Nordrhein-Westfalen). Durch die Änderung wollte man sich zum „Geh-Heim-Plan“ bekennen. Dieses Wortspiel bezog sich auf den angeblichen „Geheimplan“, über den Martin Sellner laut eines Beitrags des Medienunternehmens Correctiv bei einem „Geheimtreffen“ in Potsdam (Brandenburg) im November 2023 gesprochen haben soll.

Forderung nach „Remigration“

Ende Januar änderte die JA Hessen ihr Profilbild auf Instagram, indem sie ihr Logo um den Schriftzug „Team Remigration“ ergänzte. Damit folgte sie

Am 24. Februar veröffentlichte die JA Hessen auf ihrem Instagram-Profil einen Beitrag, in dem sie die Forderung nach „Remigration“ in Abgrenzung zum Begriff „Deportation“ definierte: Während bei „Remigration“ jemand „wieder nach Hause“



geschickt werde, werde bei einer „Deportation“ jemand „aus seinem angestammten Land“ vertrieben. Die JA Hessen behauptete, dass „unsere Forderungen und Thesen“ den öffentlichen Diskurs im Jahr 2024 prägen würden. Ihr „Remigrations“-Konzept umfasse – neben (nicht weiter ausgeführten) „konkreten Lösungsansätzen“ – eine „Reform des Staatsbürgerschaftsrechts“, die ebenfalls nicht beschrieben wurde.

Den islamistisch motivierten Anschlag am 31. Mai in Mannheim (Baden-Württemberg), bei dem ein Polizist ums Leben kam, nahm die JA am 2. Juni zum Anlass, in der Stadt eine „Mahnwache“ durchzuführen. Daran nahmen sowohl JA- als auch IBD-Mitglieder teil; der bis Juni stellvertretende Vorsitzende der JA Hessen, Dominik Asch, fungierte als Ordner. Dabei zeigte die JA ein Transparent mit der Aufschrift „Remigration hätte das verhindert“.

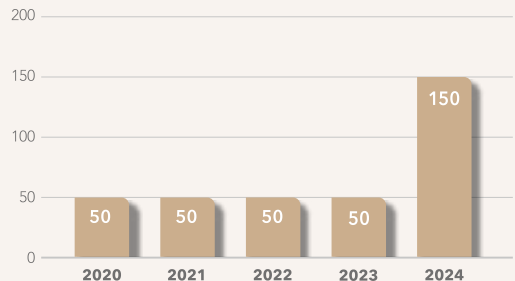
Die JA Hessen veröffentlichte und teilte mehrere Beiträge zum Anschlag in Mannheim, in denen sie zum einen ihr Beileid für den getöteten Polizisten bekundete und zum anderen die Forderung nach „Remigration“ erhob. In einem Beitrag teilte die JA Hessen ein Bild der „Mahnwache“, auf dem ein Schild mit dem Schriftzug „Der Bevölkerungsaustausch findet statt und Remigration ist die Lösung“ zu sehen war.

Wahlkampfunterstützung für die AfD

Die JA Hessen betrieb auf dem politischen Aschermittwoch der AfD Offenbach Land am 14. Februar in Rödermark (Landkreis Offenbach) einen Informationsstand. Vor dem Veranstaltungsgebäude provozierte Dominik Asch die Gegendemonstranten durch das Zurschaustellen von Kraftposen.

Im Wahlkampf zur Landratswahl im Hochtaunuskreis verteilten Mitglieder der JA Hessen, darunter Manuel Wurm und Dominik Asch, im Januar Flugblätter. Im Rahmen des Europawahlwahlkampfs rief die JA Hessen zur Teilnahme an Veranstaltungen der AfD auf. Bei einer Veranstaltung am 5. Mai in Rüsselsheim (Kreis Groß-Gerau) hielt der stellvertretende JA-Bundesvorsitzende Tomasz Froelich eine Rede. Mitglieder der JA Hessen, darunter Asch, nahmen an der Veranstaltung teil. Zudem brachte Asch am 1. Mai in Schöneck (Main-Kinzig-Kreis) und jeweils am 12. Mai in Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis) und Maintal sowie am 6. Juni in Niederdorfelden (Main-Kinzig-Kreis) Plakate an.

Entwicklung des Personenpotenzials der JA in Hessen (2020 bis 2024)¹



¹ Der sprunghafte Anstieg des Personenpotenzials von 50 (2023) auf nunmehr 150 Personen erklärt sich dadurch, dass die JA Hessen im Berichtsjahr erstmalig eigene Angaben zu ihren Mitgliederzahlen machte. Ihr Landesvorsitzender Jochen Roos erklärte in einem Interview auf dem AfD-Bundesparteitag, dass die JA Hessen mittlerweile etwa 150 Mitglieder habe.

Während einer Wahlkampfveranstaltung der AfD am 18. Mai in Vöhl (Landkreis Waldeck-Frankenberg) – die JA Hessen war mit einem Informationsstand vor Ort – posierten mehrere Mitglieder der Jugendorganisation mit dem Spitzenkandidaten der AfD für die Europawahl, Maximilian Krah (MdEP).

Auch auf Instagram rief die JA Hessen zur Wahl der AfD auf und veröffentlichte dort am 8. Juni ein Bild, auf dem zwei Familien zu sehen waren: eine mit und eine andere aus den 1950er Jahren ohne Migrationshintergrund. Dazu stellte die JA Hessen die Frage „In welchem Europa willst du morgen aufwachen?“ und beantwortete diese mit einem auf die Familie der 1950er Jahre deutenden Pfeil: „Ganz klar hier – deshalb [sic] morgen AfD wählen!“

Mitglieder der JA Hessen engagierten sich auch im Wahlkampf zu den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. So warb Dominik Asch im August auf einem Musikfestival in Thüringen für das von den JA-Landesverbänden Brandenburg, Sachsen und Thüringen entwickelte Computerspiel „Deutschlandretter 24“. Das Spiel enthielt fremdenfeindliche Ressentiments und griff die von der JA propagierte Forderung nach „millionenfacher Remigration“ auf.

Eigene Veranstaltungen der JA Hessen

Am 16. März führte die JA Hessen in Kooperation mit der JA Niedersachsen und der JA Thüringen in Fritzlar (Schwalm-Eder-Kreis) eine Konferenz unter dem Motto „Revolte Europa“ durch. Themen waren das Wahlprogramm der AfD zur Europawahl, die europäische Währungspolitik und eine Rhetorikschulung. Außerdem warb die JA Hessen für ein von ihr organisiertes Rhetorikseminar am 4. Mai im Landkreis Gießen, einen Stammtisch am 24. Mai in Offenbach am Main und eine Wanderung am 15. Juni in Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf).

Auf ihrem Landeskongress am 22. Juni in Bad Homburg (Hochtaunuskreis) wählte die JA Hessen einen neuen Vorstand. Zum Landesvorsitzenden wurde Jochen Roos, zu seinem Stellvertreter Maximilian Mürger und zum Schatzmeister Pascal Schleich

bestimmt. Alle drei waren Mitglieder des Hessischen Landtags für die AfD. Komplettiert wurde der Landesvorstand durch zwei Beisitzer. Roos äußerte gegenüber Medienvertretern, dass es bei der Neuwahl nicht darum gegangen sei, „unbequeme Leute“ aus dem Landesvorstand zu drängen, sondern einen „Beruhigungsprozess“ bei der JA Hessen einzuleiten und eine enge Verzahnung mit der Mutterpartei anzustreben. Damit zielte Roos offenbar auf die Berichterstattung über den früheren stellvertretenden Landesvorsitzenden Asch. Darüber hinaus erklärte Roos in einem am 1. Juli veröffentlichten Interview, dass es Aufgabe der JA Hessen sei, junge Menschen an die Mutterpartei heranzuführen, um für sie einen „jungen Unterbau“ zu schaffen. Im Sinne einer Kaderschmiede sollten aus diesem „Unterbau“ letztlich auch Kandidaten für Mandatsposten gewonnen werden. Außerdem wollte Roos laut Medienberichterstattung die JA Hessen vergrößern und Strukturen auf Kreis- und Bezirksebene aufbauen.

Wegen eines kurzzeitig auf seinem TikTok-Kanal eingestellten Videos trat der neue stellvertretende Landesvorsitzende der JA Hessen, Maximilian Mürger, am 3. September von seinem Amt zurück. In dem Video hatte er mit einem Sturmgewehr posiert und dieses auf einem Schießplatz in Polen mehrfach abgefeuert. Dabei hatte er unter anderem über die Bekämpfung von Migration gesprochen und „freie Waffen für freie Bürger“ gefordert. Roos distanzierte sich in einem Pressestatement von dem Video: „Kommunikation mit einer Waffe in der Hand geht einfach nicht“. Gleichzeitig erklärte er, dass Mürger in dem Video „einiges gesagt [habe], was nach [dem Anschlag in] Solingen das Gefühl in der Bevölkerung widerspiegelt“.

Nach der Neuwahl des Landesvorstands wurden im Berichtsjahr keine weiteren von der JA Hessen organisierten Veranstaltungen festgestellt. Deren virtuelle Aktivitäten nahmen stark ab und beschränkten sich bis auf das Teilen der Beiträge zum Wahlkampfvideo der JA-Landesverbände Brandenburg, Thüringen und Sachsen und zum Spiel „Deutschlandretter 24“ weitestgehend auf Beiträge, in denen die Bundesregierung kritisiert wurde.

Distanzierung von der IB

Auf die Teilnahme des ehemaligen Vorsitzenden der JA Hessen, Manuel Wurm, an einer „identitären Remigrationsdemo“ am 20. Juli in Wien (Österreich) reagierte der JA-Landesvorstand ablehnend. Wurm hatte ein T-Shirt mit dem Aufdruck „Junge Alternative“, eine andere Person mit der Aufschrift „Junge Alternative Hessen“ getragen. In einem auf X geleakten Rundbrief an die Mitglieder und Förderer der JA Hessen vom 6. September distanzierte sich der Landesvorstand „ausdrücklich von der Identitären Bewegung und den Mitgliedern, die an der betreffenden Demonstration“ teilgenommen hatten: Diese Teilnahme hinterlasse in der Öffentlichkeit einen „unge wollten“ Eindruck. Ferner entspreche es nicht den „Werten, die wir als Jungpolitiker vertreten, sich mit extremistischen Gruppen gemein zu machen“. Ordnungsmaßnahmen, die zu einem Ausschluss aus der JA Hessen führen könnten, würden geprüft. Abschließend hieß es in dem Schreiben, dass die JA Hessen „kein Aktivistenverband, sondern eine politische Jugendorganisation“ sei. Sie müsse mit „klarem Kopf und Weitblick“ handeln, da jede ihrer Aktionen in der „aktuellen politischen Lage“ genau beobachtet und die „Altparteien und etablierten Medien“ jede Gelegenheit nutzen würden, um „unser politisches Engagement zu hinterfragen und anzugreifen“.

Darüber hinaus distanzierte sich die JA Hessen in dem Rundbrief von dem ethnischen Volksbegriff der IB: Die IB vertrete eine „ethnisch-biologische Definition von Volk, die auf Rasse und Abstammung“ basiere und zu einer „Abgrenzung zwischen Eigenen und Fremden [sic] aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit“ führe. Die AfD dagegen vertrete einen „patriotischen Volksbegriff“, der sich primär auf „nationale Zugehörigkeit und kulturelle Identität“ beziehe.

Der Rundbrief führte zu Unmutsbekundungen im Umfeld der JA Hessen. So bezeichnete ein Mitglied der JA Bayern die JA Hessen als „willenlose Puppe“ und als „fest unter der Kontrolle“ der AfD Hessen und konstatierte, dass sie keine „eigenständige Jugendorganisation“ mehr sei. Eine Beisitzerin im JA-Bundesvorstand veröffentlichte am 6. September offensichtlich demonstrativ eine Bildcollage auf X,

auf der sie als Teilnehmerin von Demonstrationen der IB und der JA zu sehen war, bei denen die Forderung nach „Remigration“ erhoben wurde.

Infobox



Wenngleich andere Gruppierungen sich deutlich offensiver zur rechtsextremistischen Ideologie der Neuen Rechten bekennen, versucht auch die JA Hessen deren Maxime wie etwa die Forderung nach **„Remigration“** in den öffentlichen Diskurs zu schleusen und dadurch an die Gesellschaft anschlussfähig zu machen. Die JA Hessen hält den Begriff „Remigration“ allerdings vage, sodass sowohl eine rechtsextremistische als auch eine mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu vereinbarende Lesart möglich ist. Dass die von der JA Hessen propagierte Forderung nach „Remigration“ aber verfassungsfeindlich ist, wird anhand der Verknüpfung von „Bevölkerungsaustausch“ und „Remigration“ in einem JA-Beitrag auf Instagram, den die JA Hessen auf Telegram teilte, ersichtlich:

„Der Bevölkerungsaustausch schreitet in erschreckender Geschwindigkeit voran - besonders bei den Jungen. In vielen Großstädten drohen die Deutschen bei den unter 16-Jährigen zur Minderheit zu werden, falls sie es nicht schon sind. Dieser Zustand ist untragbar. Deutschland muss die Heimat der Deutschen bleiben. Das geht nur durch konsequente Grenzsicherung und umfassende Remigrationsmassnahmen“.

Aus Sicht der JA Hessen ist die Forderung nach „Remigration“ somit ein probates Mittel, um einen angeblich staatlich gesteuerten Prozess zur Ersetzung der einheimischen Bevölkerung durch außereuropäische, kulturfremde Zuwanderer zu stoppen bzw. rückabzuwickeln. Letztlich rekurriert die Forderung nach „Remigration“ auf einen ethnisch-homogenen Volksbegriff, der die Zugehörigkeit zu einem Volk an ethnisch-biologische Voraussetzungen knüpft.

Geplante Neustrukturierung der JA

Anfang Dezember wurden Pläne des Bundesvorstands der AfD bekannt, die angebundene JA aufzulösen und durch eine „enger an die Partei angebundene AfD-Jugendorganisation“ zu ersetzen. In ihr soll entgegen den bisherigen Regularien eine AfD-Mitgliedschaft Pflicht sein, darüber hinaus sollen alle AfD-Mitglieder unter 36 Jahren automatisch Mitglieder der neuen Jugendorganisation werden. Zuständige AfD-Parteigremien könnten künftig Funktionäre der zu gründenden Jugendorganisation mit Zweidrittel-Mehrheit ihres Amtes entheben und mit Parteiordnungsmaßnahmen bis zum Ausschlussverfahren gegen Mitglieder vorgehen.






Der JA-Bundesvorsitzende Hannes Gnauck unterstützte die Pläne und begründete die Neustrukturierung damit, dass es das „oberste Ziel“ sein müsse, einen „funktionierenden Jugendverband“ zu haben, der nicht Gefahr laufe, vereinsrechtlich verboten zu werden und unter dem „Schutzschirm der Partei“ stehe.

Für seine Positionierung wurde Gnauck aus Teilen der JA kritisiert und vereinzelt zum Rücktritt aufgefordert. Gemäß Medienberichten bezeichnete ein namentlich nicht genannter JA-Funktionär die Pläne als „Gleichschaltung“ und „Säuberung von unliebsamen Meinungen“. Der stellvertretende JA-Bundesvorsitzende Nils Hartwig soll intern appelliert haben: „Jetzt heißt es Stahlhelm auf und ab in den Schützengraben. Unsere JA nehmen sie uns nicht“.

Jochen Roos erklärte dagegen, dass sowohl er als Landesvorsitzender als auch die gesamte JA Hessen zu „100%“ hinter den Plänen des AfD-Bundesvorstands stünden. Er begründete dies damit, dass die AfD eine Jugendorganisation brauche, die nicht Gefahr laufe „jederzeit“ verboten zu werden.



DIE HEIMAT

	Kurzprofil	Die Partei Die HEIMAT vertritt nationalistische, völkische und revisionistische Positionen. Insgesamt weist ihre Programmatik eine ideologische und sprachliche Nähe zu der NSDAP auf.
	Entstehung	1964 als Nationaldemokratische Partei (NPD) in Hannover (Niedersachsen) gegründet, 2023 auf einem Bundesparteitag in Riesa (Sachsen) in Die HEIMAT umbenannt.
	Gewalt	Die HEIMAT und ihre Jugendorganisation rufen nicht offen zur Gewalt auf, jedoch bereiten sie durch das Verbreiten ihrer rechtsextremistischen Ideologie die Grundlage für Gewalt und sind zugleich Anlaufpunkt für gewaltaffine und -bereite Rechtsextremisten. Dies zeigt sich vor allem dadurch, dass einzelne Mitglieder oder Sympathisanten der Partei durch Gewaltdelikte oder gewaltbefürwortende Aussagen aufgefallen sind.
	Jugendorganisation	Junge Nationalisten (JN).
	Regionale Schwerpunkte	Mittelhessen.
	Bundesvorsitzender	Frank Franz (Saarland) bis November 2024, seitdem Peter Schreiber (Sachsen).
	Landesvorsitzender	Stefan Jagsch.
	Personenpotenzial	In Hessen 270, bundesweit 2.500.
	Verfassungsfeindlichkeit	Die HEIMAT (frühere NPD) steht für Antiparlamentarismus und Antipluralismus. Mit ihrer fremdenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Programmatik wendet sie sich offen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. In seinem Urteil vom 17. Januar 2017 stellte das Bundesverfassungsgericht fest, dass die NPD die bestehende Verfassungsordnung durch einen an der ethnisch definierten „Volksgemeinschaft“ ausgerichteten autoritären Nationalstaat ersetzen will. Das politische Konzept der NPD missachtet die Menschenwürde und ist mit dem Demokratieprinzip unvereinbar. Die NPD arbeitet auch planvoll und mit hinreichender Intensität auf die Erreichung ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ziele hin. Allerdings fehlt es laut Bundesverfassungsgericht (derzeit) an konkreten gewichtigen Anhaltspunkten, die es möglich erscheinen lassen, dieses Handeln zum Erfolg zu führen. Daher wies das Gericht den Antrag des Bundesrats vom 3. Dezember 2013 auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit und Auflösung der NPD und ihrer Unterorganisationen (Art. 21 Abs. 2 GG) als unbegründet zurück. Mit Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Januar 2024 ist die NPD bzw. Die HEIMAT für sechs Jahre von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen. Die Partei Die HEIMAT wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 HVSG beobachtet.

Themen



- Wahlkämpfe und Ergebnisse
- Veranstaltungen in Hessen
- Parteiinterne Wahlen
- Aktivitäten außerhalb Hessens
- Verurteilung des stellvertretenden Landesvorsitzenden

Wahlkämpfe und Ergebnisse

Die Aktivitäten der HEIMAT konzentrierten sich auf die Europawahl, die Landratswahl im Lahn-Dill-Kreis und die Bürgermeisterwahl in Altenstadt (Wetteraukreis), die jeweils am 9. Juni stattfanden. Für seine Wahl zum Bürgermeister und die Wahl seiner Partei zum Europäischen Parlament warb Stefan Jagsch am 11. und 20. April sowie am 10. und 31. Mai mit Informationsständen in Altenstadt. Dabei wurde er teilweise von dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Daniel Lachmann unterstützt. Bei der Bürgermeisterwahl erhielt Jagsch 8,12 Prozent (= 512 Stimmen).

Thassilo Hantusch, ebenfalls stellvertretender Landesvorsitzender der HEIMAT und Landesvorsitzender der JN, trat zur Landratswahl im Lahn-Dill-Kreis an. Im Rahmen des Wahlkampfs wurde sein Konterfei in mehreren Gemeinden wie etwa in Driedorf und Greifenstein plakatiert und hierüber auf den Social-Media-Kanälen der Partei berichtet. Nach den Wahlen veröffentlichten Jagsch und Hantusch dort auch Kommentare, in denen sie ihre Wahlergebnisse als Erfolg werteten. Hantusch erzielte bei der Landratswahl 7,61 Prozent (= 8.127 Stimmen).

Offensichtlich als Resultat seiner weitreichenden Vernetzungsbestrebungen stellte Die HEIMAT Meinolf Schönborn als Kandidaten auf dem Listenplatz 14 für die Europawahl auf, wobei er allerdings keine Wahlkampfaktivitäten entfaltete und kein Mandat gewann.

Bundesweit erreichte Die HEIMAT bei der Europawahl 0,1 Prozent (= 40.968 Stimmen) und somit ein Minus von 0,2 Prozentpunkten im Vergleich zur Europawahl 2019. In Hessen erzielte sie ebenfalls 0,1 Prozent (= 2.283 Stimmen). Nach der Wahl



äußerte sich der Spitzenkandidat der HEIMAT und frühere NPD-Bundesvorsitzende, Udo Voigt, wie folgt auf der parteieigenen Homepage:

„Viele Bürger denken, nun ist die Europawahl vorbei und sie können wieder zur Normalität übergehen. ‚Normalität‘ bedeutet aber in den Köpfen bürgerlicher Kräfte, dass alles wieder so wird wie immer nach den vorangegangenen Wahlen. Doch so ist es diesmal nicht. Eine extreme Polarisierung zugunsten der AfD führte bei uns zu einem der schlechtesten Wahlergebnisse seit Bestehen unserer nationalen Bewegung in der BRD. Das kann man nicht mehr wegdiskutieren und natürlich stellt sich bei einem solchen Wahlausgang für viele von uns die Daseinsfrage im eigenen politischen Engagement“.

Infobox



Auf den ersten Blick scheint Die HEIMAT flächendeckend in Hessen vertreten zu sein. Die Umstrukturierung von 2015 in größere Bezirksverbände (Nordhessen, Osthessen, Mittelhessen, Wetterau-Kinzig, Rhein-Main und Südhessen) verdeutlicht jedoch, dass für feingliedrige Strukturen das notwendige Personal fehlte. Die tatsächlich vorhandenen Strukturen waren in weiten Teilen Hessens nur schwach ausgeprägt. Lediglich die Bezirksverbände Wetterau-Kinzig und Mittelhessen weisen eine seit Jahren gefestigte Struktur auf und entfalten regelmäßige Aktivitäten. Diese sind im Wetteraukreis und Lahn-Dill-Kreis besonders ausgeprägt, da dort die Vorsitzenden der HEIMAT Hessen wohnen.

Veranstaltungen in Hessen

Anfang 2024 solidarisierte sich Die HEIMAT Hessen mit den Protesten der Landwirte gegen die Haushaltspläne der Bundesregierung. In den Social-Media-Kanälen postete sie Beiträge, in denen zur Teilnahme an Demonstrationen am bundesweiten Aktionstag am 8. Januar unter dem Motto „Solidarität! Mit unseren Bauern!“ mobilisiert wurde. So nahmen Funktionäre und weitere Parteimitglieder an entsprechenden Protesten in Wiesbaden und Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis) teil.

Über das gesamte Berichtsjahr hinweg bildete jedoch die Asyl- und Migrationspolitik das Kernthema der HEIMAT Hessen. Wiederholt teilte sie Beiträge mit dem Slogan „Remigration jetzt!“ und forderte die „Rückführung von Ausländern, die in Deutschland nichts zu suchen haben“. Dieses Thema war bei nahezu allen Veranstaltungen der Partei präsent.

Am 13. Januar richtete der Bezirksverband Mittelhessen in Leun (Lahn-Dill-Kreis) unter der Leitung von Hantusch einen Neujahrsempfang der HEIMAT Hessen aus. Neben Kommunalvertretern der Partei nahmen auch Funktionäre aus dem Bundesvorstand teil. Reden hielten unter anderem der Parteibeauftragte

für internationale Kontakte, Claus Cremer, sowie der stellvertretende Bundesvorsitzende Sebastian Schmidtke, der die „katastrophalen Fehlentscheidungen“ in der Bundesrepublik anprangerte. Er behauptete, dass mit der Umsetzung des Remigrationskonzepts der Partei aus dem Jahr 2008 die „Asyl-Flut 2015 verhindert und die Überfremdung gestoppt“ worden wären.

Als Hauptredner der Veranstaltung rief Udo Voigt zur Wahl der HEIMAT bei der Europawahl auf und warb für die Teilnahme an den Protesten der Landwirte. Hierbei gehe es um „weit mehr als um die Interessen der Bauern“. Der „Widerstand gegen die Politiker in Berlin“ dürfe erst enden, „wenn diese statt teurer Anzüge Sträflingskleidung tragen würden“. Darüber hinaus trat der rechtsextremistische Liedermacher Frank Renniecke, ebenfalls Kandidat der HEIMAT zur Europawahl, auf. Stefan Jagsch und Daniel Lachmann werteten die Veranstaltung als Erfolg und betonten, dass einige Gäste einen Aufnahmeantrag für die „Sammlungsbewegung“ Die HEIMAT ausgefüllt hätten. Insgesamt forderten sie im Kontext der Europawahl unter anderem Grenzkontrollen, den Austritt Deutschlands aus EU und NATO sowie ein „Europa der freien Völker und Nationalstaaten“.

Im Zuge der andauernden Thematisierung der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen beteiligte sich die Parteispitze der HEIMAT Hessen am 21. August in Gießen (Landkreis Gießen) an einer Kundgebung, die sich gegen die Verurteilung einer Impfkritikerin richtete.

Entwicklung des Personenpotenzials der HEIMAT in Hessen (2020 bis 2024)





Im November organisierte Stefan Jagsch im Wetteraukreis die Vorführung des Films „Nur ein Piks – im Schatten der Impfung“. Er kündigte an, dass weitere Veranstaltungen zur „Corona-Aufarbeitung“ geplant seien. Am 9. November führte der Bezirksverband Rhein-Main gemeinsam mit Jagsch eine Wanderung im Taunus durch. Hierbei hielt die knapp 20-köpfige Gruppe eine „Gedenkminute“ für „unsere Ahnen“ an einem Kriegerdenkmal in Eppstein (Main-Taunus-Kreis) ab.

Wie in der Vergangenheit rief Die HEIMAT Hessen anlässlich des Volkstrauertags am 17. November auf ihren Social-Media-Kanälen zu einem „Heldengedenken“ auf. Unter dem Motto „Für unser Vaterland gefallen, aber niemals vergessen“ wurden an diesem Tag mit Parteiaufklebern versehene Grabkerzen an Kriegsdenkmälern oder Soldatengräbern aufgestellt und ein Foto der Aktion an die E-Mail-Adresse der HEIMAT Hessen versandt. Die so entstandenen Bilder wurden in mehreren Social-Media-Beiträgen veröffentlicht, hierunter auch ein Bericht über eine Kranzniederlegung an einem Kriegerdenkmal in Leun (Lahn-Dill-Kreis).

Am 21. Dezember führten Mitglieder der HEIMAT Hessen und der JN Hessen eine Wintersonnwendfeier im Taunus durch. Auf den Social-Media-Kanälen wurde hierzu ein Video veröffentlicht, das etwa zwölf Erwachsene und Kinder zeigte, die mit Fackeln im Kreis um ein Lagerfeuer standen.

Am 28. Dezember nahmen Mitglieder der HEIMAT, unter ihnen Stefan Jagsch, an einer Demonstration an der US-Air-Base in Wiesbaden teil. Hierbei hielten sie ein Banner und eine Fahne der Partei empor. Auf dem Banner stand „Ami go home – keine fremden Truppen auf deutschem Boden!“ Auf Facebook wiederholte Jagsch zentrale Forderungen der Demonstration wie etwa den Austritt Deutschlands aus der NATO. Die amerikanischen Streitkräfte bezeichnete er als „Besatzer“.

Infobox



Die HEIMAT will die politische und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland durch eine ethnisch homogene „**Volksgemeinschaft**“ ersetzen und Solidarität nur „ethnischen Deutschen“ zuteil werden lassen. So heißt es im Parteiprogramm: „Der ethnischen Überfremdung Deutschlands durch Einwanderung ist genauso entschieden entgegenzutreten wie der kulturellen Überfremdung durch Amerikanisierung und Islamisierung“. Diejenigen, die in den Augen der HEIMAT „Fremde“ sind, grenzt sie aus.

Der Globalisierung will Die HEIMAT begegnen, indem sie das bestehende „System“ durch eine „Solidargemeinschaft aller Deutschen“ ersetzt. Die HEIMAT diffamiert Muslime, wobei auch antisemitische Positionen in der Partei verbreitet sind. Sie vertritt keinen offenen Antisemitismus, streut aber entsprechende Vorurteile.

Parteiinterne Wahlen

Bei der Jahreshauptversammlung des Bezirksverbands Wetterau-Kinzig am 19. Oktober in Altenstadt (Wetteraukreis) wurde Jagsch einstimmig in seinem Amt als Bezirksvorsitzender bestätigt. Ebenfalls wie-

dergewählt wurden Lachmann als dessen Stellvertreter und Kreisschatzmeister sowie Björn Frisch als weiterer Stellvertreter. Zudem wurden weitere Beisitzer im Vorstand und ein Jugendbeauftragter gewählt. Jagsch gab an, dass sich Die HEIMAT auf die Kommunalwahlen 2025 konzentrieren und sich im Wetteraukreis als „patriotische Sammlungsbewegung etablieren und als Alternative zur AfD präsentieren“ wolle.

Bei der Jahreshauptversammlung der HEIMAT Hessen am 26. Oktober wurden Jagsch als Vorsitzender, Lachmann als Stellvertreter und Schatzmeister sowie Hantusch als weiterer Stellvertreter bestätigt. Zudem wurden sechs Beisitzer in den Vorstand sowie vier Kassenprüfer und ein Landesschiedsgericht gewählt. Im Anschluss stellte Peter Schreiber (Sachsen), der Chefredakteur der Deutschen Stimme (DS), der Zeitung der HEIMAT, sein Konzept für die künftige Ausrichtung der Partei vor. Diese solle wieder eine größere Rolle als „Sammlungsbewegung von Rechts“ spielen. Schreiber warb damit für seine Wahl zum Bundesvorsitzenden der HEIMAT und wurde mit 88,4 Prozent der Delegiertenstimmen auf dem 39. Bundesparteitag (23. bis 24. November) in Zwickau (Sachsen) als Nachfolger des nicht mehr angetretenen Frank Franz zum neuen Vorsitzenden gewählt. Als seine Vertreter wurden Udo Voigt, Thorsten Heise und der rechtsextremistische Liedermacher Philipp Neumann bestimmt. Lachmann, der zusammen mit Jagsch als Delegierter aus Hessen teilnahm, wurde als Verantwortlicher für den Bereich Kommunalpolitik erneut in den Bundesvorstand gewählt. Nach der Wahl erklärte Schreiber:

„Die Neuausrichtung unserer Partei als Sammlungsbewegung, Netzwerkpartei und Anti-Parteien-Partei war wichtig und notwendig, die symbolische Abrundung dieser Neuaufstellung durch einen neuen, sympathischen Namen dann nur folgerichtig“.

Aktivitäten außerhalb Hessens

Akteure der HEIMAT Hessen – vor allem Jagsch und Lachmann – beteiligten sich im Berichtsjahr verstärkt an Aktivitäten außerhalb Hessens, so etwa am 11. Februar an der rechtsextremistischen Kundgebung

„Dresden Gedenken“ anlässlich des Jahrestags der Bombardierung der Stadt (13. Februar 1945). Am 24. und 25. Februar nahmen Jagsch und Lachmann am Treffen des Bundesvorstands der HEIMAT in Eisenach (Thüringen) teil. Zudem war Jagsch in die Organisation eines „Kulturfests“ des Arbeitskreises Heimat.Kultur.Werk der HEIMAT am 6. und 7. September eingebunden, das auf dem Gelände des Deutsche Stimme Verlags mbH in Riesa (Sachsen) stattfand. Jagsch fungierte als Vertreter des Veranstaltungsanmelders und -leiters Sebastian Schmidtke.

Verurteilung des stellvertretenden Landesvorsitzenden

Das AG Büdingen verurteilte Lachmann am 28. August wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 8.400,- Euro. Grund war eine im Januar 2023 auf der Facebook-Seite „Büdingen wehrt sich – Asylflut stoppen“ veröffentlichte Grafik mit dem Zusatz: „Dein Land braucht Dich, werde Abschiebehelfer“. Abgebildet war dort ein Mann auf braunem Untergrund mit Baseballschläger und hochgekrempelten Hemdsärmeln. Lachmann war auf Facebook als Inhaber der Seite angegeben. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt. Die HEIMAT Hessen sprach von einem „Skandalurteil“, bei dem die Gerechtigkeit versagt habe. Zugleich warb sie um Spenden für Lachmann, damit dieser die Verfahrenskosten begleichen könne.



JUNGE NATIONALISTEN (JN)

Themen



- Unterstützung der „Bauernproteste“
- Filmteam bedroht
- „Antideutsche raus!“ – „Remigration jetzt!“
- Wanderung im Taunus
- „Dresden Gedenken“
- Überfall vereitelt
- Kampagne „Schwarze Kreuze“
- „Interessententreffen“ und „Gemeinschaftstag“

Unterstützung der „Bauernproteste“

Ebenso wie die Mutterpartei solidarisierten sich die JN bundesweit mit den „Bauernprotesten“ und verbreiteten Slogans wie „Pflug & Schwert: Volk, das sich wehrt!“ und „Setzt die Saat für einen neuen Staat!“ Auf den Social-Media-Kanälen der JN Hessen erschienen entsprechende Beiträge, die teilweise die Beteiligung von JN-Aktivisten am bundesweiten Aktionstag am 8. Januar dokumentierten. Auf dem Instagram-Profil rechtenschueler_lich wurde ein Bild mit dem Untertitel „Unsere Aktivisten waren am Protest beteiligt“ gepostet, das vier Personen mit zwei Deutschlandfahnen, einer JN-Fahne und einem Plakat der HEIMAT („Solidarität mit unseren Bauern!“) zeigte.

Filmteam bedroht

Beim Neujahrsempfang der HEIMAT Hessen waren die JN Hessen mit mindestens zwölf Aktivisten vertreten. Ein entsprechendes Foto der einheitlich in dunkler Hose und weißem Hemd gekleideten Personen wurde auf den Social-Media-Kanälen der Partei geteilt. Vor der Veranstaltung hatte der JN-Landesvorsitzende Hantusch das Filmteam einer Recherchegruppe tätlich angegriffen und bedroht, um zu verhindern, dass seine Familie gefilmt würde, wie er später auf Facebook behauptete. Die Polizei unterband weitere Auseinandersetzungen.

„Antideutsche raus!“ – „Remigration jetzt!“

Während einer Demonstration gegen Rechtsextremismus am 20. Januar in Gießen (Landkreis Gießen)

gaben vier JN-Aktivisten einem Journalisten ein Interview, in dem sie sich zu ihrer Jugendorganisation bekannten, sich als vaterlandsliebende Patrioten darstellten und sich gegen die Migrationspolitik aussprachen. Ein entsprechendes Video wurde später im Internet veröffentlicht.

Am Abend vor einer weiteren Demonstration gegen Rechtsextremismus am 3. Februar in Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis) brachten sechs maskierte Personen auf der Veranstaltungsbühne mehrere Banner mit den Parolen: „Deutsche wehrt euch!!! www.jn-hessen.de“ und „Wetzlar ist unsere Stadt [–] Antideutsche raus! Nationaler Widerstand Wetzlar“ an. Als die Demonstranten ein Parkhaus passierten, wurde dort ein Banner der JN Hessen mit der Aufschrift „Remigration jetzt!“ entrollt, eine Deutschlandflagge gezeigt, Rauchtöpfe gezündet und die deutsche Nationalhymne über Lautsprecher abgespielt. Sowohl auf den Social-Media-Kanälen der JN Hessen und der HEIMAT Hessen als auch auf den Social-Media-Accounts von Hantusch und Lachmann wurden Bilder und Videos der Störaktionen veröffentlicht, teilweise untertitelt mit den Slogans „Wetzlar bleibt national!“ und „Remigration jetzt!“

Wanderung im Taunus

Während einer Wanderung der JN Hessen am 28. Januar im Taunus trugen die mindestens acht Teilnehmer teilweise Tarnkleidung und eine JN-Fahne. Auf dem Feldbergplateau brachten sie mehrere Aufkleber an und posierten mit der Fahne für ein Gruppenbild, das später auf dem der JN Hessen zuzurechnenden Instagram-Account @hessen.verteidigen veröffentlicht wurde. Durch Spaziergänger informierte Polizeikräfte stellten vier Gruppenmitglieder fest, darunter Hantusch. Dieser soll zu einem Polizisten mit Migrationshintergrund unter anderem gesagt haben, dass dieser abgeschoben gehöre. Die Polizei fertigte Strafanzeigen wegen Beleidigung und Volksverhetzung.

„Dresden Gedenken“

Neben den HEIMAT-Funktionären Jagsch und Lachmann nahmen drei Aktivisten der JN Hessen am 11. Februar in der sächsischen Hauptstadt an der rechts-

extremistischen Kundgebung „Dresden Gedenken“ anlässlich des Jahrestags der Bombardierung am 13. Februar 1945 teil. Zusammen mit anderen JN-Aktivist*innen trugen sie ein JN-Banner mit der Aufschrift „Nie wieder Bruderkrieg – Kampf dem Imperialismus“.

Überfall vereitelt

Von Dezember 2023 bis zu der selbst veranlassten Löschung am 6. Februar 2024 betrieben Schüler, die an Veranstaltungen der HEIMAT und der JN teilnahmen, den Instagram-Account `rechteschueler_lich` und teilten regelmäßig entsprechende Beiträge. Darin wurde über das Anbringen von rechtsextremistischen Stickern in und im Umfeld einer Schule in Lich (Landkreis Gießen) berichtet und mehrfach gegen dort tätige Lehrkräfte agitiert. Der Account verfügte über knapp 200 Follower. Die Schule gab an, dass einzelne Schüler Hitlergrüße gezeigt sowie rechtsextremistische bzw. rassistische Äußerungen getätigt hatten. Darüber hinaus bestand der Instagram-Account `rechte-schueler_giessen`, der teilweise inhaltsgleiche Beiträge wie `rechteschueler_lich` enthielt, aber im Berichtsjahr inaktiv war.

Am 17. Februar nahm die Polizei in Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis) fünf Rechtsextremisten im Alter zwischen 15 und 19 Jahren fest, darunter vier Angehörige der JN. Sie hatten in einer Telegram-Chatgruppe geplant, einen angeblich Pädophilen zu überfallen. Einer der Verdächtigen hatte in einem Chat Kontakt mit dem potenziellen Opfer und gewann hierbei den Eindruck, dass dieses pädophil sei. Die Polizei nahm die Beteiligten in unmittelbarer Nähe des Wohnorts des potenziellen Opfers fest. Die Staatsanwaltschaft Wetzlar ermittelt gegen sie wegen des Verdachts der Verabredung zu einem Verbrechen. Nach den Festnahmen gab es bis zum Herbst kaum mehr relevante Aktivitäten der JN Hessen.

Kampagne „Schwarze Kreuze“

Im Juli stellten Unbekannte schwarzlackierte Kreuze in Frankfurt am Main, Königstein im Taunus, Glashütten, Kronberg im Taunus (Hochtaunuskreis), Kelkheim und Bad Soden am Taunus (Main-Taunus-Kreis) auf. Hintergrund war die rechtsextremistische Kampagne „Schwarze Kreuze“, für die die JN jährlich auf ihrem

Telegram-Kanal werben. Damit soll laut JN „deutschlandweit an die Opfer multikultureller Gewalttaten“ erinnert werden. Dass sich Mitglieder der JN Hessen an dem Aufstellen der Kreuze beteiligten, ist nicht belegt.

„Interessententreffen“ und „Gemeinschaftstag“

Um neue Mitglieder zu werben, veranstalteten die JN Hessen im September und Oktober drei „Interessententreffen“, bei denen Hantusch die „Weltanschauung, Ziele, Aktivitäten sowie die Aufnahmebedingungen“ der JN vorstellte. Ergänzt wurden die Veranstaltungen durch Vorträge. In Frankfurt am Main referierte Stefan Jagsch, in Kassel Meinolf Schönborn und in Dillenburg (Lahn-Dill-Kreis) Ludwig Palm, ein kommunaler Mandatsträger der HEIMAT. Auf ihrem neu eingerichteten Instagram-Account `loewenjugend` berichteten die JN Hessen am 21. Oktober über die Treffen und begründeten sie mit dem angeblich „wachsende[n] Interesse vieler junger Menschen an der nationalen Jugendbewegung“.

Schönborn trat auch beim „Gemeinschaftstag“ der JN als Redner auf und präsentierte eine JN-Flagge von 1972, an der die neuen Mitglieder ihren „Schwur auf das Volk“ ablegten. Auf den Social-Media-Kanälen der JN wurden am 5. November mehrere Bildbeiträge gepostet, auf denen die Eidablegung bei brennenden Fackeln und Aufstellung der Mitglieder unter freiem Himmel in einheitlicher Kleidung und mit Fahnen zu sehen waren. Unter anderem hieß es:

„Zu den Kernelementen unserer Jugendbewegung gehören die Gemeinschaftstage. Sie haben neben der prägenden Gemeinschaftsbildung die Aufgabe, die gesunde deutsche Jugend charakterlich und weltanschaulich auszurichten. Inhaltlich wurde sich diesmal mit verschiedenen rechtspolitischen Bewegungen in Europa auseinandergesetzt, deren Strategien analysiert und die weltanschaulichen Unterschiede zu Populisten herausgearbeitet.“